Gemeinsam stärker.

10 Punkte für Europas Antwort auf die Handelspolitik von Trump

Der Handelsdeal zwischen den USA und der EU ist schlecht. Für die Europäische Union. Für den Welthandel. Und für die Stabilität der internationalen Zusammenarbeit. Die EU hat mit ihrem schwachen Handels-Deal ein fatales Signal gesendet: Dass sie nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch erpressbar ist. Dass sie auf Druck mit Nachgiebigkeit antwortet. Dass sie nicht bereit ist, das wirtschaftliche Schwergewicht, das der europäische Binnenmarkt in die Waagschale werfen kann, einzusetzen. Um Donald Trump Grenzen zu setzen. Um die Regeln des internationalen Handels und fairer internationaler Zusammenarbeit zu verteidigen. Viele kleinere Länder und Regionen auf dieser Welt werden sich gefragt haben: Wenn Europa mit seinem großen Binnenmarkt nicht bereit ist, für sich selbst einzutreten, für ein faires Ergebnis auf Augenhöhe, was sollen wir einem US-Präsidenten entgegensetzen, der das internationale Recht durch das Recht des Stärkeren ersetzen will?

Die Europäische Union hat sich auch wirtschaftspolitisch geschädigt. Die Einigung kostet die EU und die Unternehmen in der EU Milliarden. 50 % Zölle auf Stahl und Aluminium sind ein harter Schlag für die Branchen. 15 % statt noch vor wenigen Monaten 2,5 % Zoll werden die Automobilindustrie hart treffen. Und dass die EU für 750 Mrd. Dollar teures Öl und Gas aus den USA kaufen soll, zementiert unsere fossile Abhängigkeit. Schon 2024 hat die EU Öl, Pipelinegas, Flüssigerdgas und Kohle im Wert von 438,6 Mrd. Dollar (380,1 Mrd. Euro) importiert. Aus den USA bezog die EU Energie im Wert von 75,9 Mrd. Dollar (65,8 Mrd. Euro). Das ist weniger als ein Drittel der mit Trump vereinbarten 250 Mrd. Dollar im Jahr. Milliarden, die Europa verlassen, nicht hier in Investitionen gehen, nicht für unsere Zukunft zur Verfügung stehen. Das „Drill, baby, drill“ von Donald Trump trifft auf den Gas-Boom von Friedrich Merz und Katherina Reiche. Das kostet uns hunderte Milliarden, erneuert einseitige Abhängigkeiten, stößt Millionen Tonnen CO2 zusätzlich aus und ist verheerend für unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Insbesondere Friedrich Merz, insbesondere der deutsche Bundeskanzler hat zu verantworten, dass die Verhandlungsposition von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht stark war. Deutschland und andere Mitgliedstaaten haben Druck auf die Kommission ausgeübt, einen schnellen Deal gegenüber einem guten Deal vorzuziehen. Merz wollte einen „Turbo-Deal“. Trump hat seine Karten gespielt. Er hat strategisch Druck auf die deutsche Automobilindustrie ausgeübt. Und Friedrich Merz und die deutsche Bundesregierung sind gekippt.

Diese Politik ist keine Strategie. Und in Zeiten wie diesen ist sie gefährlich.

Die folgenden Punkte beschreiben, was jetzt zu tun ist, um die EU zu stärken und die Marktmacht von 450 Millionen Europäer*innen zu nutzen. 10 Punkte für einen Weg nach vorne, einen Weg in die Zukunft.

I. Eine neue Initiative für die europäische Handelspolitik

Es gibt viele Partner auf der Welt, die mit uns zusammenarbeiten wollen. Gegen die Politik derjenigen, die internationale Regeln durch das Recht des Stärkeren ersetzen, wollen wir ein Bündnis schmieden. Mit den Ländern, die gemeinsam eine gute, verlässliche und faire Zusammenarbeit wollen.

- **Eine neue Allianz für Handel und Klima begründen:**

Gemeinsam stärker – wenn die EU Trump eine starke Antwort entgegensetzen will, schafft sie jetzt ein Bündnis all derjenigen, die internationale Zusammenarbeit, gute Regeln und einen fairen Welthandel wollen. Die EU sollte als Initiatorin für ein neues plurilaterales Handelsabkommen vorgehen – mit einer Einladung an alle Länder, die sich gemeinsam auf gute gemeinsame Regeln verständigen wollen. Handelserleichterungen, insbesondere in der Frage von Zollsenkungen und gleichzeitig starke Regeln für Klimaschutz und Menschenrechte könnten Kern dieses Abkommens sein. Startpunkt könnten Gespräche mit den Mitgliedstaaten des transpazifischen Handelsabkommens (u. a. Japan, Australien, Neuseeland, Kanada sein. Es sollte explizit aber auch eine Offenheit für Länder des globalen Südens geben. Ein solches Abkommen stärkt die regelbasierte Ordnung und ist die richtige Antwort auf eine einseitige, aggressive Handelspolitik.

- **Stärkung strategischer Souveränität: Es braucht resiliente und transparentere Lieferketten.**

In einer Zeit wie dieser braucht es robuste, transparent nachvollziehbare Lieferketten. Ziel ist der Aufbau eines strategisch resilienten Europas. Wir halten deshalb verpflichtende Risikoanalysen entlang kritischer Wertschöpfungsketten für notwendig – nicht als bürokratische Hürde, sondern als strategisches Frühwarnsystem.

- **Die EU muss wehrhaft gegen unfaire Handelspraktiken sein.**

Daher fordern wir: den Ausbau und die Anwendung der defensiven wie offensiven Instrumente der EU-Handels-, Wettbewerbs- und Wirtschaftssicherheitspolitik. Außerdem braucht es europäische Reaktionen auf Dumping, Wettbewerbsverzerrungen und Monopole durch eben jene Instrumente, wie beim Digital Markets Act oder dem Anti Coercion Instrument.

II. Den europäischen Binnenmarkt stärken

Wenn Europa wirtschaftlich und geopolitisch resilient sein will, muss es nach innen investieren. Der Binnenmarkt ist kein technokratischer Begriff – er ist Europas größter politischer Hebel. Er muss jetzt bewusst zur strategischen Kraft Europas im 21. Jahrhundert ausgebaut werden – als Fundament eines neuen Wohlstandsmodells: klimaneutral, digital, solidarisch. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta hat in einem Bericht für die EU-Kommission wichtige Handlungsempfehlungen für einen gemeinsamen Binnenmarkt beschrieben, die für uns eine wichtige Basis sind.

- **Nachfrage und Investitionen stärken:**

Der Binnenmarkt braucht ein neues Wohlstandsmodell – eines, das Zukunftsnachfrage generiert. Um den europäischen Binnenmarkt zu stärken, braucht es Investitionen in eine moderne, digitale und soziale Infrastruktur, in Klimaschutz und Zukunftstechnologien sowie in ein Zusammenwachsen des europäischen Energiemarkts und eine grenzüberschreitende Bahninfrastruktur. Daher fordern wir: Dies muss sich im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen der EU widerspiegeln, ermöglicht auch durch neue Eigenmittel der EU.

- **Strategischer Fokus auf Zukunftstechnologien:**

Europa muss bei Schlüsseltechnologien vor die Welle kommen, nicht hinterher schwimmen – KI, Quanten, Biotech, Biorobotik und grüne Technologien benötigen einfachere Rahmenbedingungen in der EU und sie müssen gezielt gefördert und skaliert werden. Daher fordern wir: neue EU-weite Investitionsallianzen nach dem IPCEI-Modell, um diese Schlüsseltechnologien strategisch zu skalieren. Das ist echte wirtschaftliche Souveränität.

- **Ja zum Green Deal, gegen konservative Fantasien Klartext reden:**

Wer glaubt, mit der Abschaffung von Standards lasse sich Europas Wettbewerbsfähigkeit retten, verkennt die Realität. Das ist nicht Entlastung, das ist Entkernung. Im Gegenteil: Transparenz, Verantwortung und klare Regeln schaffen Resilienz, nicht radikale Deregulierung. Daher fordern wir: festhalten am Green Deal als europäischen Kompass in die Zukunft und an konkreten Maßnahmen wie dem Ende der Neuzulassung von Verbrenner-Motoren ab 2035, um den Weg für Innovation in einer starken Autoindustrie zu ebnen. Für uns ist klar: Klimaschutz ist Innovationsmotor, keine Belastung.

- **Letzte Barrieren im Binnenmarkt abbauen:**

Nationale Sonderregeln, regulatorische Fragmentierung und asymmetrische Steuerregime verhindern, dass der Binnenmarkt sein volles Potenzial entfaltet – hier braucht es mutige Vereinfachung und klare Zuständigkeiten. Daher fordern wir: einen freiwilligen „European Code of Business Law“, der rechtliche Fragmentierung abbaut,

einheitliche Bedingungen für Unternehmen im Binnenmarkt schafft und damit unnötige Bürokratie abschafft.

- **Offene Grenzen:**

Der Binnenmarkt lebt von Warenfreizügigkeit und offenen Grenzen. Nationale Alleingänge bei Grenzkontrollen wie von der deutschen Bundesregierung und eine Politik der Abschottung schaden dem Binnenmarkt. Daher fordern wir: Diese Grenzblockaden müssen umgehend beendet werden.

- **Kapital mobilisieren – Savings & Investment Union umsetzen:**

Europa verfügt über 33 Billionen Euro an privaten Ersparnissen. Doch weil unser Kapitalmarkt zersplittert ist, fließt zu viel davon in die USA. Daher fordern wir: eine echte Kapitalmarktunion – sie ist der Schlüssel, damit europäisches Kapital in europäische Transformation investiert: in klimaneutrale Industrie, grüne Energie, digitale Souveränität. Die Kapitalmarktunion ist kein Technikprojekt, sondern Fundament europäischer Handlungsmacht.

- **Fünfte Freiheit verankern:**

Der Binnenmarkt basiert auf der Freiheit der Güter für Dienstleistungen, Waren, Menschen und Kapital. Daher fordern wir diese vier Freiheiten im Geiste Jacques Delors um eine fünfte Freiheit für Wissen, Forschung, Innovation und Bildung ergänzen. So erleichtern wir den grenzüberschreitenden Austausch von Forschungsergebnissen, Daten und Talenten. Dies ist eine zentrale Voraussetzung für technologische Führungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

Keine Rückkehr zur alten Bequemlichkeit

Der Wunsch mancher konservativen Stimmen, Europas Wettbewerbsfähigkeit durch den Abbau von Umwelt- oder Sozialstandards oder die Abschaffung eines einzelnen Lieferkettengesetzes zu sichern, ist gefährlich kurzsichtig und ein rückwärtsgewandter Reflex, kein Vorschlag nach vorne.

Wir wollen das Gegenteil: einen ambitionierten, integrierten Binnenmarkt, der Europas strategische Interessen wahrt – durch Resilienz, Innovationskraft und sozialen Zusammenhalt.

Unsere Forderungen im Überblick:

1. **Eine neue Allianz für Handel und Klima begründen**
2. **Lieferketten krisenfest und transparent machen**
3. **Souveränität durch wirtschaftliche Wehrhaftigkeit sichern**
4. **In Europas Zukunft investieren, nicht verwalten**
5. **Fokus auf Zukunftstechnologien, technologische Souveränität gezielt fördern**

6. Ja zum Green Deal, nein zu Fantasien der Rückabwicklung
7. Binnenmarkt vereinfachen, Potenziale heben
8. Offene Grenzen in Europa sichern – Freizügigkeit statt Grenznationalismus
9. Europas Kapital in Europas Zukunft lenken
10. Wissen zur europäischen Freiheit machen

Der Zolldeal ist das Ergebnis politischer Kurzsichtigkeit – und ein Lehrstück für verpasste europäische Chancen. Jetzt braucht es einen klaren Kurswechsel: **Nicht Flickwerk an den Rändern, sondern Investitionen ins Zentrum unserer Stärke – den europäischen Binnenmarkt der nächsten Generation.** Er ist der Schlüssel für ein Europa, das sich behauptet – ökologisch, ökonomisch und demokratisch.